

In der eigenen Schlinge gefangen

VON None | 15. Oktober 1953 - 13:00 Uhr

Im Kampf um den Hamburger Senat, der am 1. November entschieden wird, ist nicht eine Frage der großen Politik, sondern ein Problem des Erziehungswesens, die sogenannte Schulreform, der Hauptstreitpunkt. Soll in Hamburg, wie die SPD es vorhat, die sechsjährige Grundschule, die seit 1949 besteht, beibehalten werden, oder soll man, wie es der „Hamburg-Block“ aus CDU, FDP, DP und BHE plant, vom 1. April 1954 an zur vierjährigen Grundschule zurückkehren? Wer sich bei den Wählern umhört, kann feststellen, daß viele von ihnen, auch solche, die am 6. September im Bund für die SPD gestimmt haben, die Beseitigung der Schulreform von 1949 für die dringlichste Aufgabe des neuen Senates halten.

Der Hamburger Senat ist eine Länderregierung, seine Zusammensetzung kann bei Abstimmungen im Bundesrat ausschlaggebend sein. Das heißt, die Entscheidung über eine lokale pädagogische Streitfrage kann Entscheidungen von weltpolitischer Bedeutung präjudizieren. Der Beobachter, der dies Mißverhältnis bemerkenswert findet, mag sich über die Intransigenz der Hamburger Sozialdemokratie wundern und sich fragen, warum diese taktisch so erfahrene Partei nicht Mittel und Wege gefunden hat, die Zuspitzung zu vermeiden. Sie weiß seit geraumer Zeit, wie die Wähler, die Eltern von grundschulpflichtigen Kindern sind, über die* Schulreform denken. Warum hält sie trotzdem, an' ihr fest, wie an einem

Ginge es um nichts als um die Anzahl der Grundschuljahre, so wäre ein Rückzug aus wahltaktischen Gründen nicht schwer gewesen. Aber die sechsjährige Grundschule ist für die Hamburger Sozialdemokratie seit den Zeiten August Bebeis nur eine Etappe auf dem Weg zur Einheitsschule, und was sie darunter versteht, hat im Frühling dieses Jahres der Prozeß gezeigt, den ein Vater vor dem Oberverwaltungsgericht gegen die Schulbehörde gewann: die Sozialdemokratie beharrt in der Auffassung, daß nicht die Eltern über den Bildungsgang der Kinder bestimmen sollen, sondern der Staat, vertreten durch die Schulbehörde und ihre Prüfungskommissionen. Das ist ein Grundpfeiler sozialistischer Weltanschauung, ein Restbestand "totalitären Denkens aus der Frühzeit des Marxismus, den die SPD nicht abbauen kann, wenn sie sich nicht von den Wächtern ihrer Ideologie Vorwurf Prinzipienlosigkeit und Untreue zuziehen will. Die Funktion des Überwachens übt in Hamburg — streng, 'wie sonst nur noch in Bremen — seit Jahrzehnten die sozialdemokratische Volksschullehrerschaft aus, der die Schulreform von 1949 nicht weit genug geht, und die seit vier Jahren intensiv bemüht ist, sie weiterzutreiben. Zwar muß die Schulbehörde seit jenem Urteil des Oberverwaltungsgerichts den Eltern wieder das Recht zur Bestimmung des Bildungsgangs ihrer Kinder einräumen. Aber da sie das nur widerstrebend tut und nicht einmal die Lehrerschaft über die Tragweite des Urteils

eindeutig informiert hat, ist es nicht verwunderlich, daß sich nach Ansicht der Eltern praktisch nichts geändert hat.

Der taktische Verzicht auf die sechsjährige Grundschule hätte unter . diesen Umständen der - SPD kaum bei der Wahl geholfen. Die Eltern hätten das Manöver durchschaut. Ein ernst gemeinter Verzicht hätte aber den Zusammenbruch einer fünfzigjährigen Schulpolitik der Sozialdemokratie bedeutet. Das kann sich die Hamburger SPD nicht leisten. Sie hat sich in ihrer eigenen Schlinge gefangen.

COPYRIGHT: DIE ZEIT, 15.10.1953 Nr. 43

ADRESSE: <http://www.zeit.de/1953/43/In-der-eigenen-Schlinge-gefangen>